5.

Zum Begriff des Beiseiteschaffens im Sinne der Kriegsgesetze, insbesondere der Reichsgetreideordnung.

Von Gerichtsassessor F. Goldmann, Urach (Württemberg).

Nach § 80 Abs. 1 Ziff. 1 der Reichsgetreideordnungen für die Ernte 1918 und 1919 wird bestraft, wer „unbefugt beschlagnahmte Vorräte beiseiteschafft, insbesondere aus dem Bezirk des Kommunalverbandes, für den sie beschlagnahmt sind, entfernt, sie beschädigt, zerstört, zur Verarbeitung annimmt, verarbeitet, verarbeiten läßt, verbraucht oder sonst verwendet“.

Es ist zunächst nicht recht deutlich, inwieweit sich der mit „insbesondere“ beginnende Nebensatz erstrecken soll, ob also die Tatbestände „beschädigen, zerstören usw.“ als Untertatbestände von „Beiseiteschaffen“ umfaßt werden sollen, oder ob sie zu letzterem Begriff im Verhältnis der Koordination, nicht der Subordination, stehen sollen.

Eher könnte man zu letzterer Auslegung kommen auf Grund einer Untersuchung, was denn die Gesetzgebung vor dem Krieg unter Beiseiteschaffen verstanden wissen wollte. Dieser Ausdruck findet sich z. B. in den §§ 133, 137, 348 StGB. Im Text dieser Gesetzesbestimmungen ist zunächst beachtlich, daß an nebengeordneter Stelle mit „Beiseiteschaffen“ das „Vernichten“, „Beschädigen“ und „Zerstören“ aufgeführt wird. Der Tatbestand des Zerstörens und Beschädigens findet sich aber ebenfalls in der eingangs erwähnten Stelle der Reichsgetreideordnung. Einem völlig Unbefangenen, der an die Kriegsgesetze denselben Maßstab des logischen Aufbaus anwendet, wie etwa an die größeren Reichsgesetze der verflossenen Friedenszeit, könnte nun schon diese Tatsache als hinreichender Beweis erscheinen, daß der in der Reichsgetreideordnung und in andern verwandten Kriegswirtschaftlichen Verordnungen enthaltene Begriff des Beiseiteschaffens ein ebenso beschränkter, auf diese andern Tatbestände sich nicht ohne weiteres erstreckender ist.

Zur Frage, was Beiseiteschaffen — im alten Sinn — eigentlich bedeuten soll, äußert sich die Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen im allgemeinen dahin, sie verleihe darunter

eine tatsächliche Aufhebung der Verfügungsgewalt der zuständigen Behörden oder Personen durch Entfernung der Sache von ihrem bisherigen Aufbewahrungsort (z. B. E. 2, 427; 10, 189; 18, 410; 19, 287; 28, 119 ff.). Auch Olshausen (Anm. 5 zu § 133) tritt für die Voraussetzung einer räumlichen Veränderung ein, durch die der Gegenstand der amtlichen Aufbewahrung entzogen wird.

Dagegen sieht E. 22, 207 „jede Tätigkeit, welche die Sache der Verwahrung entzieht“ — im konkreten Fall das Zerreißen einer Postkarte — als Beiseiteschaffen im Sinne des § 133 StGB. an, und E. 27, 213 faßt unter diesen Begriff — allerdings im Sinne des § 288 StGB., für welchen etwas andere Gesichtspunkte maßgebend sind — jede Behandlung von Vermögensbestandteilen, welche diese dem Zugriff im Zwangsvollstreckungsverfahren überhaupt entzieht, also auch einen Scheinverkauf.

Also schon früher war die Begriffsbestimmung keine ganz einheitliche, doch sieht man als wesentlichen Kernpunkt sich immer wieder die Forderung heraus Schälen, daß zum Beiseiteschaffen gehört und genügt eine räumliche Entfernung aus dem Zugriffsbereich des Zugriffs- oder Verfügungsberechtigten. E. 10, 189 setzt dieses Beiseiteschaffen auch ausdrücklich in Gegensatz zum bloßen „Verheimlichen“, welches keine Ortsverschiebung erfordert.

Was nun den durch die Kriegsgesetze wieder aufgegriffenen oder neu eingeführten Begriff des „Beiseiteschaffens beschlagnahmter Vorräte“ betrifft, so bietet die Rechtsprechung der höheren Gerichte wieder ungefähr dasselbe Bild.

So führt das Bayer. Oberste LG. (Entscheidung vom 13. 6. 1918 in JW. 1918 S. 698) für das Höchstpreisgesetz aus: „Nicht eine rechtliche, sondern eine örtliche Veränderung muß vorliegen, die die Vereitelung oder wesentliche Erschwerung des Zugriffs der zuständigen Behörde auf die Gegenstände zur Folge hat.“ Weiter geht eine in Nr. 1, 1918, S. 3 der Mitteilungen der Preisprüfungsstellen angeführte Ansicht, wonach eine Wegschaffung nicht erfordert wird und die Vorräte schon dann als beiseite geschafft gelten, wenn sie an einer Stelle verwahrt werden, die von der sonst üblichen Art der Vorratslagerung derart verschieden ist, daß die Erfassung der beschlagnahmten Vorräte seitens der zuständigen Behörde unmöglich gemacht oder doch wesentlich erschwert wird.

Aber auch hier ruht das Schergewicht gerade auf den örtlichen Verhältnissen, welche durch ihre Besonderheit den Zugriff erschweren und durch deren schuldhafte Herbeiführung sich die Beiseiteschaffung verwirklicht.

§. 50, 359 könnte durch eine Bemerkung (§. 360 unten) zunächst darauf schließen lassen, daß das Reichsgericht sämtliche in § 9 Ziff. 1 der Bundesratsverordnungen über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl vom 28. 6. 1915 (RGBl. S. 363) und 29. 6. 1916 (RGBl. S. 613) erwähnten Fälle der tatsächlichen Veränderung der Vorräte (unter dieser Aufzählung findet sich das „zur Verarbeitung annehmen“ und „verarbeiten lassen“ der späteren Getreideordnungen nicht) als Beiseiteschaffen ansieht; aber gleich darauf spricht das Urteil von einer „räumlichen“ Veränderung der Vorräte, im Gegensatz zu der rechtlichen Verfügung hierüber, welche letztere den Tatbestand des Beiseiteschaffens nicht erfüllen soll, sondern auf Grund der Ziff. 2 des § 9 zu bestrafen ist. Eine tatsächliche Veränderung deckt sich aber nicht vollständig mit einer räumlichen, sondern ist der weitere Begriff.

Nicht ganz deutlich ist auch §. 52, 334. Ist hiernach als Beiseiteschaffen anzusehen „jede Handlung, durch die der Zugriff der Behörde auf die Vorräte wesentlich erschwert wird“? Der dortige Hinweis auf die eben zitierte §. 50, 359 wäre aber damit nicht in Einklang zu bringen. Allerdings polemisiert das Urteil nur gegen die zu enge Auslegung der Verteidigung, die für das „Beiseiteschaffen“ im Sinne der Reichsgetreideordnung stets eine Entfernung aus dem Bezirk des Kommunalverbandes erforderlich hielt, was natürlich irrig ist.

In oft merkwürdigem Gegensatz hierzu, zu der möglichst engen und jedenfalls immer vorsichtigen Auslegung des streitigen Begriffs durch die Rechtsprechung der höheren Gerichte vor dem Krieg und auch auf dem Gebiet der Kriegsstrafsprechung, steht aber vielfach die Praxis niederer Gerichte und auch besonders der Staatsanwaltschaften, deren rechtliche Auffassung den Anstoß zur Strafverfolgung bildet und die dann auch in der Regel — nach dem Grundsatz: etwas ist so lange richtig, als es nicht als falsch bewiesen wird — den Leitfaden für die weitere rechtliche Behandlung des Straffalles bildet. Hier spielt der Begriff des Beiseiteschaffens eine weit größere Rolle, zeigt einen viel größeren Umfang, und als Fälle des Beiseiteschaffens werden beispiels-

weise behandelt: räumliche Veränderung, Wegbringen der Vorräte von ihrem Aufbewahrungsort (z. B. in einen anderen Kommunalverbandsbezirk) zu lauterer und unlauterer Zwaden, Veräußern, Erwerben, Verbringen in die Mühle zum Mahlen, Verarbeiten, Verbrauchen (Verzehren, Verfüttern), Verstecken und Verheimlichen bei einer Getreideaufnahme — alles natürlich unter der Voraussetzung eines irgendwie „unbefugten“ Handelns, sei es, daß die Handlung in ihrer wirtschaftlichen Tragweite vom Gesetz mißbilligt wird, sei es, daß irgendein Formverstoß vorliegt. Kurzum fast scheint es, als könnte so ziemlich jede Handlung, die jemand mit beschlagnahmten Vorräten vornimmt, und mit welcher er in irgendeinen Knoten des viel- und krausmaschigen Gewebes der Kriegsgesetze sich verwickelt und zu Fall kommt, ja fast jeder sündhafte Gedanke, den er über dieselben hegt, als Beiseiteschaffen angesehen werden — ja manche Behörden scheinen wie hypnotisiert auf diesen Begriff zu starren, gleich als stünde kein anderes Zeitwort in dem umfangreichen Buchstabenwald der Getreideordnung oder verwandter Kriegsgesetze gepflanzt.

Von großer praktischer Wichtigkeit für die Strafrechtspflege ist die Frage, ob denn die einzelne zu bestrafende Handlung als Beiseiteschaffung oder als was sonst anzusehen ist, unter anderem deshalb, weil Abs. 4 des § 80 RGetrO. für 1918 und 1919 (§ 79 der von 1917) unter den Handlungen, deren vorsätzliches Begehen mit einer Geldstrafe im Mindestbetrage des dreifachen Wertes der Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, bedroht ist, auch das Beiseiteschaffen erwähnt. (Nach § 18 der WRB. über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 ist es „nur“ der zwanzigfache Betrag, was bei einem einzigen Kartoffelsack schon viele hundert Mark ergeben kann.)

Um nun die wichtigsten und häufigsten der verschiedenen denkbaren Fälle einzeln zu besprechen, so drückt zunächst das Gesetz deutlich aus, daß es die — natürlich unbefugt, d. h. ohne Zustimmung des zuständigen Kommunalverbandes vorgenommene — Verbringung von Vorräten aus dem Bezirk des Kommunalverbandes, für den sie beschlagnahmt sind, als Beiseiteschaffen ansieht. Dies stimmt auch mit dem älteren Begriff, soweit er durch Rechtsprechung und Kommentare festgelegt ist, vollkommen überein, denn durch diese Handlung wird eben das Zugriffsrecht

des zuständigen Kommunalverbandes, der auf die betreffenden Vorräte zur Erfüllung seiner Versorgungspflicht angewiesen ist, vereitelt oder doch sehr erschwert. Nur wird man hier unterstellen müssen: die Ausfuhr muß zum Zweck der dauernden Entfernung, nicht nur der vorübergehenden vorgenommen werden. Beispiel: Ein Selbstversorger hatte einen auf eine in einem anderen Kommunalverbandsbezirk gelegene Mühle lautenden Mahlschein. Er ließ aber auf dem Fuhrwerk, das zur Mühle fuhr, noch einen illegitimen Sack in der Absicht der heimlichen Mahlung mitlaufen. Der Landjäger nahm, als das Fuhrwerk noch nicht in der Mühle, aber schon über die Kommunalverbandsgrenze war, hieran das erforderliche Argerniß. Die Staatsanwaltschaft sah, das Gesetz allzu wörtlich nehmend, eine Beiseiteschaffung schon als vollendet an, meiner Ansicht nach zu Unrecht; denn was ist praktisch, d. h. wirtschaftlich für ein Unterchied gegenüber dem Fall, wenn der Bauer das Fuhrwerk in der Richtung nach einer Mühle im einheimischen, nicht im „feindlichen“ Kommunalverband geführt hätte? Dann läge auch Beiseiteschaffen vor, wenn er die Frucht, die er vermahlen darf, statt der Mühle im eigenen Bezirk, auf die der Mahlschein lautet, einer Mühle im fremden Bezirk zuführt, weil diese näher liegt oder weil ihm dieser Müller besser behagt. In dem erwähnten Beispiel kommt m. E., je nach der Auffassung, nur Versuch des Schwarzmahlens, oder eine Vorbereitungshandlung hierzu in Frage. Ob und inwieweit das Schwarzmahlen aber an sich schon als Beiseiteschaffen anzusehen ist, ist weiter unten zu erörtern.

Ferner das Veräußern. Es wird in § 80 Ziff. 2 der Reichsgetreideordnung besonders unter Strafe gestellt, auch findet gemäß Abs. 4, der dieses Reat neben Beiseiteschaffen erwähnt, die erhöhte Mindestgeldstrafe hier Anwendung. Also liegt schon aus diesen Gründen kein praktisches oder juristisches Bedürfnis vor, den erwähnten dehnbaren Begriff sich auch auf diese Handlung erstrecken zu lassen; in der Regel wird Idealkonkurrenz, nicht Gesetzeskonkurrenz vorliegen. Nach der Fassung des Gesetzes wird man annehmen müssen, daß die Handlung des strafbaren Veräußerns auch schon mit dem Abschluß des obligatorischen Vertrags vollendet ist. Hierzu ist nun zu bemerken, daß ein „Beiseiteschaffen“ im letzteren Fall überhaupt nicht in Frage kommen kann. Wird etwa durch den bloßen Abschluß des Kaufvertrags unter Belassung der Frucht am alten Ort das Ver-

fügungsrecht des Kommunalverbandes gefährdet? Nicht im geringsten; er ist allmächtig, die Ernte ist für ihn im ganzen beschlagnahmt, und sein Recht, sie zu „erfassen“, schreitet stolz über privatrechtliche Abmachungen hinweg. Nur die tatsächliche Ausübung seines Rechts darf nicht gefährdet werden. (Vgl. die oben zitierten Entscheidungen des Bahr. Oberst. LG. in JW. 1918 S. 698 und S. 50, 359, die auf demselben Standpunkt stehen).

Es muß nun erwähnt werden, daß viele Strafverfolgungsbehörden und demnach auch Gerichte auch den unbefugten (entgeltlichen oder unentgeltlichen) Erwerb als solchen als Beiseiteschaffen im Sinne des Gesetzes ansehen. Der Strafantrag wird dann gewöhnlich so gefaßt: er habe unbefugt beschlagnahmte Vorräte erworben, also beiseitegeschafft. Doppelt genährt, hält besser. Diese Rechtsauffassung und die erschwerte Straffolge, die ihr anhaftet, sind hier aus dem Grunde besonders einschneidend, weil den Käufern (sofern es nicht nachweisbar Schleichhändler sind) vielfach — im Gegensatz zu den Veräußerern, die oft, nicht immer, nur schnöden Gewinnes wegen zurückgehaltene Frucht auf diesem Weg an den Mann bringen — erhebliche Milderungsgründe zur Seite stehen. Man denke z. B. daran, daß viele Fuhrwerksbesitzer, denen namentlich im jetzt abgelaufenen Wirtschaftsjahr von den zuständigen Stellen mit dem festen Willen oft auch die knappe gesetzliche Haferration nicht mehr zugewiesen werden konnte, auf diesen Weg geradezu gedrängt wurden — hier lag oft ein Notstand vor, wie er in gleicher Schwere im ganzen Elend des vergangenen Krieges nur selten vorkam, wenn man die Bedeutung des Körnerfutters für schwer arbeitende Pferde ermißt.

Ein einfacher Rückblick auf die frühere Rechtsprechung hätte hier zu einer anderen freieren Auslegung des Gesetzes führen müssen. Der, welcher die Vorräte (oder überhaupt die beschlagnahmte Sache) einmal und endgültig der Verstrickung entzieht und damit „beiseitegeschafft“, ist der Veräußerer, der sie erstmals aus seiner Hand gibt. Sind sie einmal beiseitegeschafft, so können sie durch irgendeine weitere Handlung nicht mehr beiseitegeschafft werden, ebenso wenig wie man einen Ermordeten noch einmal umbringen kann (vgl. für § 137 StGB. C. 19, 287 ff.). Auf demselben Standpunkt steht für das Kriegswirtschaftsrecht z. B. die Entscheidung des Kammergerichts vom 23. 4. 1918,

zitiert in DZS. XXIII Heft 17/18 S. 582. Hier handelt es sich um Kartoffelvorräte, die der Erzeuger unbezogen veräußert hatte. Das Kammergericht verneinte die Frage nach Beiseiteschaffen für den Erwerber, der die Kartoffeln aus dem Kreis, für den sie beschlagnahmt waren, nachdem er sie dort eingetauscht hatte, ausgeführt hatte. Wenn man also diese, richtige, Auffassung zugrunde legt, gelangt man fernerhin dazu, auch den Fall, den die Reichsgetreideordnung und verwandte Gesetze in erster Linie als Schulbeispiel für Beiseiteschaffen anführen, nämlich die Ausfuhr aus dem Kommunalverbandsbezirk, einschränkend auslegen zu müssen: er gilt nur in bezug auf Vorräte, die nicht etwa schon vorher auf irgendeine Weise einmal und endgültig beiseitegeschafft sind; andernfalls kann nur irgendein Verstoß gegen eine andere Vorschrift des einschlägigen Kriegsgegesetzes, eventuell auch Begünstigung in Frage kommen.

Eine gegenteilige Auffassung müßte dahin führen, daß z. B. bei einem Quantum Frucht oder beschlagnahmtem Mehl, das aus irgendeinem entfernten Gebirgsort stammt, durch zwanzig Hände wandert und schließlich in kleinen Teilmengen in armeligen Großstadtpeiskammern landet, ohne daß dort noch irgend jemand um den Ursprung sich kümmert oder ihn kennt, auf jede einzelne Verfügung hierüber der klangvolle Begriff des vorsätzlichen oder doch fahrlässigen (aber wie selten wird gerade dieser Unterschied im Grade der Verschuldens in der Praxis ernstlich geprüft!) Beiseiteschaffens anzuwenden wäre — unter Umständen eine verlockende Einnahmequelle für den notleidenden Staatsapparat!

Tatsächlich kann ein Beiseiteschaffen auf seiten des ersten Erwerbers nur in Form der Teilnahme an der vom Veräußerer begangenen Beiseiteschaffung in Frage kommen, was sich aber nicht immer nachweisen und mit Glück konstruieren läßt, während ein Beiseiteschaffen für diejenigen ganz ausscheidet, an die der erste Erwerber die Sache weitergegeben hat.

Am gründlichsten entzieht wohl derjenige beschlagnahmte Vorräte dem Zugriff, der sie in irgendeiner Weise vernichtet oder sie auf natürlichem Wege verbraucht, indem er sie entweder sich und seinen Hausgenossen oder seinem Vieh als Nahrung einverleibt. Es ist nun auffällig, daß der bewußte Abs. 4 wohl das „Verfüttern“ besonders erwähnt, aber nicht das Verbrauchen und Verstoren. Abs. 1 Ziff. 1 dagegen führt wohl das Ver-

brauchen und zerstören besonders an, aber nicht das Verfüttern. Daß aber letzteres in dem „sonst verwenden“ enthalten ist, ist unbedenklich anzunehmen.

Hier taucht nun notwendig die schon oben angeschnittene, aber ungelöst gebliebene Frage wieder auf, ob diese Sonderbegriffe als Unterbegriffe des Beiseiteschaffens anzusehen sind. Bejahendenfalls wäre aber nicht recht verständlich, weshalb Abs. 4 neben Beiseiteschaffen gerade das Verfüttern noch besonders erwähnt. Dieses ist doch wohl fast die harmloseste Art der Hinterziehung, denn sie kommt dem Vieh und damit in letzter Linie, in der Regel, in irgendeiner Weise der menschlichen Nahrung zugute. Aber andererseits, sollte der Ruchloseste von allen, der seine Vorräte böswillig, um sie nicht abliefern zu müssen, vernichtet, z. B. mit Petroleum übergießt — eine wohl oft andgedrohte, aber zum Glück selten ausgeführte Tat — sollte dieser nicht gerade mit möglichst schwerer Strafe belegt werden? Oder soll seine Handlung unter den weiten beherrschbaren Mantel des Beiseiteschaffens zu bringen sein (obwohl dies, wie oben ausgeführt, der strengen Auslegung dieses Wortes widersprechen würde)? Tatsächlich wird sich wohl kein Gericht sträuben, den Betreffenden gebührend zu bestrafen, einerlei, ob es seine Tat als Beiseiteschaffen ansieht oder nicht.

Man sieht aus diesen Erwägungen, eine genau abgegrenzte Begriffsbestimmung läßt sich nicht finden, von welcher Seite aus die Sache auch untersucht wird, und als einziges klares Resultat leuchtet hervor die Erkenntnis, daß der § 80 der Reichsgetreideordnung mindestens in dieser Beziehung herzlich schlecht abgefaßt ist.

§ 80 Ziff. 1 nennt ferner neben (oder unter?) Beiseiteschaffen: unbefugtes Verarbeiten, Verarbeitenlassen, Annehmen zur Verarbeitung.

Es ließe sich wohl weniger dagegen sagen, wenn die beiden ersteren Akte als Beiseiteschaffen angesehen würden, obwohl auch in diesen Fällen die Zugriffsmöglichkeit der Behörden bis zum erfolgten Verbrauch weiter bestünde; denn die Frucht bleibt ja, auch in verarbeitetem Zustand, weiter beschlagnahmt (§ 1 Abs. 2 RGetrO.). Nicht recht verständlich aber wäre, inwiefern die Annahme zur unbefugten Verarbeitung an sich schon den Tatbestand des Beiseiteschaffens erfüllen sollte. Hier wird nicht viel mehr als die schwarze Absicht bestraft: Der Müller stellt

die Säcke mit dem Übergewicht zum Zweck der späteren Vermahlung in die Mühle, anstatt sie, wie er sollte, abzuweisen, vor die Tür zu stellen oder doch abzuwägen oder die Unregelmäßigkeit sonst kenntlich zu machen. Wird durch diese Handlung und durch den bloßen Vorsatz der Vermahlung das Recht und die Möglichkeit für die zuständigen Stellen, die Vorräte weiterhin zu erfassen, irgendwie beeinträchtigt oder gar vereitelt? Die württembergische „Selbstversorgerverfügung“ gibt dem Müller genaue Vorschriften über die Behandlung des Getreides in der Mühle, und so wird es auch in anderen Bundesstaaten stehen. § 80 Ziff. 12 der RGetrO. bedroht unter Hinweis hierauf auch schon formelle Verstöße des Müllers mit Strafe — also besteht zur Einzwängung solcher Verstöße in den Begriff des Beiseiteschaffens lediglich kein Bedürfnis.

Die Praxis der Gerichte und Staatsanwaltschaften auf diesem Gebiet, soweit sie mir bekannt ist, ist nun merkwürdig schwankend und lokal verschieden. Die einen sehen bei Mahlvergehen vom Begriff des Beiseiteschaffens überhaupt ab, andere wenden ihn nur dann gegen den Selbstversorger an, wenn einigermaßen Sicherheit besteht, daß er tatsächlich die Frucht, die er schwarzmahlen will, einer Vorratsaufnahme und damit der Erfassungsmöglichkeit entzogen hat, wenn er also z. B. gegen Ende des Erntejahres noch Vorräte in solchem Umfang vermahlt oder vermahlen lassen will, wie er sie von Rechts wegen gar nicht mehr lesigen sollte — genau genommen wäre dann aber die Beiseiteschaffung schon längst vollendet. Nicht aber wenden sie den Begriff dann an, wenn das Schwarzmahlen etwa in kleinem Umfang und im Lauf des Wirtschaftsjahres geschieht und noch unterstellt werden kann, daß der Vorrat aus den dem Selbstversorger zur Ernährung usw. belassenen Beständen entnommen ist und der Bauer nur, aus irgendeinem Grund, den später auszustellenden Mahlscheinen vorgreift. Diese rechtliche Auffassung läßt sich hören, wenn vielleicht auch im einzelnen Bedenken dagegen geäußert werden könnten. Eine dritte Auffassung der Praxis endlich sieht aber jedes Verbringen von Frucht ohne ordnungsgemäß ausgestellten Mahlschein, ohne näheres Eingehen auf die tatsächlichen Verhältnisse, als vollendetes Beiseiteschaffen an, ja schon, wenn die Frucht erst auf dem Wege zur Mühle ist. Diese Anschauung läßt sich rechtlich und tatsächlich in keiner Weise halten und führt des öfteren zu eigenartigen, ja offenbar ungerechten Ergebnissen.

Beispiel: Ein Bauer hatte aus Nachlässigkeit oder aus anderen Gründen versäumt, rechtzeitig die Ausstellung eines neuen Mahlscheins zu beantragen; sein Mehl geht zu Ende. Das Schultheißenamt, das nach jezigem Recht zur Ausstellung von Mahlscheinen nicht mehr zuständig ist, stellt ihm auf Verlangen eine „vorläufige Bescheinigung“ aus, daß er für die und die Zeit soundso viel Getreide zu verbrauchen habe. Der Bauer fährt zur Mühle und trifft unglücklicherweise gerade den Kontrolleur, der an dem unkorrekten „Mahlschein“ Anstoß nimmt und die Frucht beschlagnahmt (während vielleicht schon der Antrag auf Ausstellung des ordentlichen Mahlscheins beim Kommunalverband ist). Das — vorläufige — Ende ist ein Straf-antrag wegen „vorsätzlicher Beiseiteschaffung“ der ganzen in die Mühle gebrachten Fruchtmenge, welcher Antrag übrigens später auf die Beanstandung von seiten des Amtsgerichts in dieser Form zurückgenommen wurde. Worin soll hier, muß man fragen, das Beiseiteschaffen liegen? Was wird der Allgemeinheit hier entzogen, wodurch wird sie geschädigt? Soll der Frevel in der unrichtigen Form liegen? Wird das deutsche Volk von ordnungsgemäß ausgestellten und abgestempelten Mahlscheinen satt? Dann könnte man schließlich auch den Schultheiß wegen Beiseiteschaffens strafen. Muß hier wirklich, der Aufrechterhaltung der Ordnung halber, eine Bestrafung eintreten, so bietet Ziff. 12 des § 80 zur Verfolgung solcher Verstöße Handhabe genug. Es wirft kein besonders günstiges Licht auf die deutsche Rechtsauslegung und Rechtsprechung, die auf ihre angebliche endliche Befreiung vom Buchstaben doch stolz ist, wenn sie dermaßen an der Form und am falsch verstandenen Wortlaut klebt. Ähnliche Beispiele auf diesem weiten und praktisch wichtigen Gebiet ließen sich noch genügend anführen.

Mit Recht wird derjenige bestraft, der bei den Vorratsaufnahmen, die bisher alljährlich ein- oder zweimal stattfanden, aus Eigennutz oder übergroßer Angstlichkeit Vorräte in oft nicht unbeträchtlichem Umfang und mit mehr oder weniger großem Geschick versteckt, verschweigt und dadurch der Aufnahme entzieht, wodurch er, im kleinen, das für den ganzen Wirtschaftsplan wichtige Ergebnis verfälscht und die Vorräte der Allgemeinheit entzieht. Eine kleine Schwierigkeit bietet nur die Frage, aus welchem rechtlichen Gesichtspunkt soll er bestraft werden? Das Gesetz, das die spezielle Vorratserhebung anordnet, enthält in

der Regel keine besondere Strafbrohung. Die Praxis nimmt auch hier gewöhnlich die Strafbestimmungen der RStrD. zu Hilfe und urteilt: der Betreffende „habe beschlagnahmte Vorräte bei der Aufnahme versteckt“, „verheimlicht“ (mit dem Zusatz „und dadurch der Aufnahme entzogen“ oder „beiseitegeschafft“). Abs. 4 des § 80 bedroht allerdings auch das „Verheimlichen“ mit erhöhter Strafe; in den vorstehenden 12 Ziffern findet sich dieser Tatbestand aber nicht besonders erwähnt. Somit bliebe allerdings, da er nicht gut unter das „sonst verwenden“ der Ziff. 1 zu bringen ist, nicht viel anders übrig, als ihn ebenfalls stillschweigend als Unterbegriff des „Beiseitegeschaffens“ anzusehen. Denn der Erfolg der Handlung ist, in der Regel, derselbe; allerdings stünde diese Ansicht z. B. mit der zitierten E. 10, 189 in Widerspruch, welche das bloße Verheimlichen an Ort und Stelle vom Beiseitegeschaffen absondert und mit der Mehrzahl der andern angeführten Entscheidungen für das letztere eine Ortsveränderung verlangt.

Es bestünde auch noch die Möglichkeit, diese Sünder auf Grund der BRR. über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 (RStBl. S. 604), welche die alte BRR. über Vorraterhebungen vom 2. Februar 1915 (RStBl. S. 54) ersetzt, zu bestrafen. Hiernach wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig die Auskunft, zu der er verpflichtet ist, nicht erteilt oder unrichtige und unvollständige Angaben macht. Zur Auskunft ist aber nach § 2 der Verordnung nur der landwirtschaftliche Unternehmer verpflichtet. Wie steht es, wenn dieser aus irgendeinem Grund an der Auskunftserteilung verhindert ist oder sich um diese drückt und nun Familienangehörige oder Dienstboten die falschen Angaben machen oder die Vorräte verstecken? Die letzteren Personen könnten dann nicht bestraft werden, es wäre denn unter dem Gesichtspunkt des Beiseitegeschaffens, wobei die strenge Auslegung dieses Begriffs schließlich der dringlichen Forderung der Praxis weichen müßte.

Dies sei nicht geschrieben aus Lust an juristischer Polemik, sondern aus dem Bestreben, dem Sinn des Rechts gegenüber dem Buchstaben zum Sieg zu verhelfen und Wege zu zeigen, auf welchen bei richtiger Einsicht in den Geist des Gesetzes (soweit ein solcher vorhanden ist) und in die tatsächlichen besonderen Verhältnisse unnötige, im Gesetz gar nicht begründete Härten vermieden und Schwierigkeiten überbrückt werden können. Im

allgemeinen war aber auch hier zu zeigen, zu welcher nicht nur moralischen, sondern auch wissenschaftlichen Verwilderung der Krieg und seine Not und die in ersterem und durch letztere entstandene Gesetzgebung geführt hat oder führen kann. Dieser Zustand ist für jeden Praktiker betrüblich und langweilig, für jüngere Juristen aber, die noch in der Ausbildung stehen und denen eine köstliche geistige Nahrung in Gestalt der Bearbeitung der älteren, mehr durchdachten und auf längere Zeit berechneten Gesetze infolge ungenügenden Anfalls auf diesem Gebiet und mangelnder Zeit hierzu nur in beschränkten „Rationen“ geboten werden kann, kann er geradezu katastrophale Folgen haben.

6.

Der Schutz der Ehre im Entwurf eines Gesetzes über den Rechtsgang in Strafsachen.

Von Oberlandesgerichtsrat Andres, Raurburg.

Daß die Ehre nach dem geltenden Recht nicht den Schutz genießt, der im Dienste des Staates erwünscht ist, ist allgemein anerkannt. Selten führen die Mittel, die die staatliche Ordnung an die Hand gibt, zu dem Gefühl ausreichender Genugtuung für den Beleidigten und zu einer wirkungsvollen Warnung oder Bestrafung des Beleidigers.

Bei einer Neuordnung muß der Versuch gemacht werden, hier Wandel zu schaffen. Die Hauptaufgabe für die bessernde Hand des Gesetzgebers wird auf dem Gebiet des materiellen Rechts liegen: denn nur, wenn die Tatbestände richtig erfasst werden, die den Schutz erfordern, und die Strafen und die Strafrahmen gefunden werden, die dem Richter eine befriedigende Rechtsprechung ermöglichen, wird eine fühlbare Besserung zu erwarten sein.

Aber auch der Rechtsgang, zu dessen Neuordnung der Entwurf vorliegt, bietet ein dankbares Feld für Verbesserungen. Die Mängel der bestehenden Ordnung, die am klarsten zutage liegen, haben zur Überlastung der Gerichte mit belanglosen Dingen, die